

'Einheit der Gesellschaft' versus 'Vielheit der Gesellschafter'

Wertungsbezogenes System und Widerspruchsfreiheit im Ertragsteuerrecht der Personengesellschaften in der Rechtsprechung des BFH

Bearbeitet von
Sebastian Scholz

1. Auflage 2015. Buch. 268 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 2473 4
Gewicht: 404 g

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Unternehmensrecht > Unternehmen und Steuern, Investitionszulage](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Sebastian Scholz

„Einheit der Gesellschaft“ versus „Vielheit der Gesellschafter“

Wertungsbezogenes System und Widerspruchsfreiheit
im Ertragsteuerrecht der Personengesellschaften in der
Rechtsprechung des BFH



Nomos

**Recht der Steuern und der öffentlichen Finanzordnung /
Tax Law and Public Finance**

herausgegeben von

VRiBFH Prof. Dr. Dietmar Gosch, Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel / Bundesfinanzhof, München

Prof. Dr. Ulrich Hufeld, Helmut-Schmidt-Universität,
Universität der Bundeswehr Hamburg

Prof. Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., Universität Augsburg

Prof. Dr. Alexander Rust, LL.M., Wirtschaftsuniversität Wien

Prof. Dr. Ralf P. Schenke,
Julius-Maximilians-Universität Würzburg
(geschäftsführend für die Reihe)

Prof. Dr. Arndt Schmehl, Universität Hamburg

Prof. Dr. Henning Tappe, Universität Trier

Prof. Dr. Birgit Weitemeyer, Bucerius Law School, Hamburg
(geschäftsführend für die Reihe)

Band 5

Sebastian Scholz

„Einheit der Gesellschaft“ versus „Vielheit der Gesellschafter“

Wertungsbezogenes System und Widerspruchsfreiheit
im Ertragsteuerrecht der Personengesellschaften in der
Rechtsprechung des BFH



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2015

ISBN 978-3-8487-2473-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-6632-9 (ePDF)

1. Auflage 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
Kapitel 1: Fragestellung	15
A. Thema der Untersuchung	15
B. Gang der Untersuchung	24
I. Methodologische Prämissen	24
II. Abgrenzung zu der Frage der grundsätzlich richtigen Theorie zur steuerlichen Behandlung der Personen gesellschaften	28
Kapitel 2: Die Entwicklung der Besteuerung der Personengesellschaften	30
A. Dogmatische Grundlagen der Besteuerung der Personengesellschaften	30
I. Das Trennungsprinzip	31
II. Das Transparenzprinzip	34
B. Mitunternehmerische Einkünfte im Wandel der Zeit	35
I. Die „Ertragsbesteuerung von Personengesellschaften“ nach dem bilanzbündeltheoretischen Denkansatz	36
1. Grundlage der Bilanzbündeltheorie	37
2. Auswirkungen auf die Behandlung schuldrechtlicher Beziehungen der Gesellschaft zu Gesellschaftern oder Dritten	39
3. Die Bilanzbündeltheorie als größtmögliche Verwirklichung des Transparenzprinzips	41
II. Kritik an der Bilanzbündeltheorie und der daran anschließende Wechsel zur Einheitstheorie	42

Inhaltsverzeichnis

III. Keine Lösung, sondern lediglich eine Verschiebung der Problemstellung durch den Wechsel von der Bilanzbündel- zur Einheitstheorie	46
Kapitel 3: Das Recht als werte- und prinzipienorientiertes System	50
A. Der Systembegriff in der Steuerrechtswissenschaft	50
I. Der verfassungsrechtliche Ursprung der Systemidee	51
1. Die Systemvorstellung als Ausschnitt aus dem Allgemeinen Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 GG?	52
2. Die Systemvorstellung als Förderer materieller Rechtssicherheit	55
II. Vorzüge der Systembildung	56
B. Der allgemeine Systembegriff, seine Aufgaben und seine Bedeutung	60
I. Die innere Ordnung/wertungsmäßige Folgerichtigkeit	60
II. Die Einheit der Rechtsordnung	61
C. Die Systemvorstellung der Rechtswissenschaft	61
I. Das äußere/formale System	62
II. Das innere System	64
1. Wertungen als Fundamente des inneren Systems	65
2. Anforderungen an die Prinzipien und deren strukturelle Gliederung	67
3. Prinzipienkonflikte	69
D. Die Notwendigkeit einer Systembildung im Steuerrecht	71
Kapitel 4: Analyse der Rechtsprechung	75
A. Bestimmung der Induktionsbasis	76
B. Beschluss des Großen Senats des BFH vom 25.02.1991	77
I. Sachverhalt	78
II. Bedeutung der Entscheidung für eine transparente oder intransparente Besteuerung der Personengesellschaften	81
1. Zur Abschirmwirkung	81
2. Zum Durchgriff durch die Rechtsform	84
3. Der Beschluss des Großen Senats: Zwischen Abschirmwirkung und Durchgriff	86
a) Entscheidungsoptionen des BFH und ihre potenziellen Auswirkungen auf die Behandlung der Tätigkeitsvergütung	87

b)	Die Entscheidungsalternativen im Lichte der Durchgriffs-problematik	90
III.	Entscheidung des Gerichts	91
IV.	Analyse	91
1.	Rekonstruktion der für die Entscheidung maßgeblichen Abwägungstopoi	92
a)	Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung	92
aa)	Skizzierung des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung	93
bb)	Die Bedeutung der Einheit der Rechtsordnung für die Systemvorstellung	99
b)	Die Kontinuität der Rechtsprechung	100
aa)	Zur möglichen „Pfadabhängigkeit“ der Rechtsprechung	101
bb)	Übertragbarkeit des Konzepts der Pfad-abhängigkeit in den rechtswissenschaftlichen Kontext	103
c)	Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung entsprechend der Leistungsfähigkeit, der Grundsatz der vertikalen Steuergerechtigkeit und das Prinzip der Rechtsformneutralität des Steuerrechts	108
aa)	Skizzierung des Grundsatzes der Gleich-mäßigkeit der Besteuerung	109
bb)	Die Grundsätze der horizontalen und verti-kalen Steuergerechtigkeit	112
d)	Der Grundsatz der Rechtsformneutralität der Besteuerung	113
aa)	Wirtschaftswissenschaftliche Bedeutung des Gebots der Rechtsformneutralität der Be-steuerung	114
bb)	Rechtliche Allokation des Gebots der Rechtsformneutralität des Steuerrechts	117
cc)	Konklusion	120
2.	Zusammenfassung und Nachvollziehung der Wertungsentscheidungen des Großen Senats	120
V.	Gesetzgeberische Reaktion auf die untersuchte Ent-scheidung	126
C.	Beschluss des Großen Senats des BFH vom 03.05.1993	126
I.	Zusammenfassung des der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalts	127
II.	Bedeutung der Entscheidung für eine transparente oder intransparente Besteuerung der Personengesellschaften	131

Inhaltsverzeichnis

III. Entscheidung des Gerichts	136
IV. Analyse	137
1. Rekonstruktion der für die Entscheidung maßgeblichen Abwägungstopoi	137
a) Das Prinzip der gleichmäßigen Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im „Fehlbetragsbeschluss“	137
b) Das Prinzip der Kontinuität der Rechtsprechung im „Fehlbetragsbeschluss“	139
c) Das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung im „Fehlbetragsbeschluss“	141
d) Die steuerrechtliche Gleichstellung des Personengesellschafters mit dem Einzelunternehmer (sog. Gleichstellungsthese)	143
aa) Skizzierung der sog. Gleichstellungsthese	143
bb) Der Gleichstellungsgedanke im „Fehlbetragsbeschluss“	146
2. Zusammenfassung und Nachvollziehung der Wertungsentscheidungen des Großen Senats	147
3. Zwischenergebnis	151
D. Beschluss des Großen Senats des BFH vom 03.07.1995	151
I. Zusammenfassung des der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalts	152
II. Bedeutung der Entscheidung für eine transparente oder intransparente Besteuerung der Personengesellschaften	156
III. Entscheidung des Gerichts	158
IV. Analyse	159
1. Rekonstruktion der für die Entscheidung maßgeblichen Abwägungstopoi	159
a) Ein Prinzip der „sachlich richtigen Besteuerung“ im Beschluss vom 03.07.1995	159
b) Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung im Beschluss vom 03.07.1995	162
c) Die Kontinuität der Rechtsprechung im Beschluss vom 03.07.1995	163
2. Zusammenfassung und Nachvollziehung der Wertentscheidungen des Großen Senats	164
E. Weitere Urteile der Senate des BFH zum gewerblichen Grundstückshandel	167
I. Urteil des IV. Senats vom 07.03.1996	167
1. Zusammenfassung des der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalts	168

2.	Die Bedeutung der Entscheidungen für eine transparente oder intransparente Besteuerung der Personengesellschaften	169
3.	Entscheidung des Gerichts	171
4.	Analyse	172
II.	Urteile des IV. Senats vom 17.12.2008	175
1.	Zusammenfassungen der Sachverhalte	175
a)	BFH Urt. v. 17.12.2008 – IV R 85/06	176
b)	BFH Urt. v. 17.12.2008 – IV R 72/07	177
2.	Bedeutung für die transparente bzw. intransparente Besteuerung der Personengesellschaften	178
3.	Entscheidungen des Gerichts	180
4.	Analyse	181
III.	Zwischenbetrachtung	185
F.	Der Wirtschaftsgutstransfer zwischen Schwestergesellschaften	188
I.	Rechtlicher Hintergrund des Konflikts	189
1.	Grundlagen der Bilanzierung bei Wirtschaftsgutsübertragungen	190
a)	Entgeltliche Übertragung	190
b)	Unentgeltliche Übertragung	192
c)	Teilentgeltliche Übertragung	193
d)	Eventuelle Ausnahme: „Buchwertprivileg“	195
2.	Qualifikation des vorliegenden Konflikts vs. Ausweihgestaltung?	196
II.	Bedeutung der Rechtsfrage für eine transparente oder intransparente Behandlung der Personengesellschaften	198
1.	Transparentes Verständnis der Personengesellschaftsbesteuerung	199
2.	Betonung der „Einheit der Gesellschaft“	200
3.	Konklusion	201
III.	Chronologische Darstellung der Entscheidungen und ihrer entscheidungserheblichen Wertungen	202
1.	Urteil des I. Senats vom 25.11.2009	202
2.	Beschluss des IV. Senats vom 15.04.2010	204
a)	Zusammenfassung des Sachverhalts	205
b)	Entscheidung des IV. Senats und maßgebliche Wertungstopoi	206
c)	Abschließende Bemerkungen	210
3.	Vorlagebeschluss des I. Senats vom 10.04.2013	211
IV.	Gegenüberstellung der Argumentationen des I. und des IV. Senats	214

Inhaltsverzeichnis

V. Konklusion	219
Kapitel 5: Auswertung der Wertungskonsistenz zwischen den Entscheidungen	221
A. Allgemeines	221
B. Quantitative Auswertung	222
I. Häufig wiederkehrende Wertungen	223
II. Selten verwendete Wertungen und Zwischenergebnis	227
C. Qualitative Auswertung	228
I. Die Behandlung der entscheidenden Wertungen durch den BFH	228
II. Zum Teil fehlendes einheitliches Begriffsverständnis	235
III. Leerformeln erschweren die Systemfindung	237
D. Konklusion	238
I. Fehlende Systematik	238
II. Rezeptionschancen des axiologischen Systems der „Kölner Schule“ durch den BFH	239
Kapitel 6: Schlusswort	242
A. Ausgeprägte Kasuistik als Ersatz für ein fehlendes dogmatisches System	242
B. Von der Pfadabhängigkeit in die Pfadabhängigkeit	243
C. Die Einheitstheorie: Ein Gewinn gegenüber der Bilanzbündeltheorie?	245
D. Ausblick	249
Literaturverzeichnis	254